

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2020 | Nummer 2



Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz

Schweizer Minderheiten kämpfen um ihre Rechte

Seit über sechs Jahren setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) zusammen mit Jenischen, Sinti und Roma für mehr Respekt, Anerkennung und die Einhaltung ihrer Rechte in der Schweiz ein. Einiges konnten wir durch politischen Druck, Aufklärung und juristische Schritte voran bringen. Dennoch: Die strukturelle Diskriminierung dieser Minderheiten bleibt Tatsache. Eine Zwischenbilanz.

Medienwirksam besetzten jenische Familien im Sommer 2014 die kleine Allmend in Bern und forderten den Bundesrat dazu auf, sich endlich der Situation der Jenischen, Sinti und Roma anzunehmen. Mit Erfolg: Der Bundesrat setzte eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, einen Aktionsplan zur Verbesserung

der Situation der drei Minderheiten zu erarbeiten. Fünf Jahre nach seiner Lancierung sind die Resultate jedoch bescheiden. Zwar ist in den letzten zwei Jahren das Engagement der bundesnahen Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» zur Verbesserung der Platzsituation für fahrende Minderheiten sichtbar geworden. Und die Jenischen und Sinti wurden 2016 unter ihrer Eigenbezeichnung als nationale Minderheiten der Schweiz anerkannt. Gleichzeitig lehnte der Bundesrat jedoch die Anerkennung der Roma unter fadenscheinigen Gründen ab, und auf kantonaler Ebene wurden diskriminierende Sondergesetze erlassen, um fahrende Sinti, Roma und Jenischen fernzuhalten. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, hat sich die GfbV entschieden, ihr Engagement anzupassen.



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**

FOTO: ZVG



Roma-Aktivistin Rina Caldari bei einer Fotoaktion gegen das Z-Wort.

FOTO: ERIC ROSET



Aus Angst vor Diskriminierung verzichteten viele Roma auch heute noch darauf, öffentlich als Roma aufzutreten.

In der Schweiz gibt es zu wenig Halteplätze für Jenische, Sinti und Roma. Gemäss der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» gibt es gegenwärtig nur 15 Standplätze und rund 40 Durchgangsplätze. Diese sind vor allem Schweizer Jenischen und Sinti vorbehalten. Jenische, Sinti und Roma aus dem Ausland sind aktuell auf 9 Plätzen zugelassen, wobei nur zwei raumplanerisch gesichert sind. Der Platzmangel ist nach wie vor akut.

Abstimmung im Kanton Bern erhöht Druck auf andere Kantone

Umso erfreulicher war die Abstimmung über den Transitplatz Wileroltigen für ausländische Fahrende im Kanton Bern, der von der Stimmbevölkerung Anfang Jahr deutlich angenommen wurde. Zu diesem Ergebnis hat auch die GfbV mit viel Aufklärungsarbeit und dem Aufbau eines Vermittlungsangebots einen wesentlichen Beitrag geleistet. So konnte die GfbV in einem Bericht aufzeigen, dass die Schaffung von zusätzlichen Halteplätzen nicht nur ein Bedürfnis der fahrenden Jenischen, Sinti und Roma ist, sondern auch ein klares Anliegen der im Einsatz stehenden Behörden: Dadurch können die Kosten für Polizeieinsätze massiv reduziert werden.

Das positive Abstimmungsresultat im Kanton Bern stellt nun die Weichen für die Schaffung von Halteplätzen und erhöht den Druck auf weitere Kantone. Aufgrund dieser Ausgangslage und dem sichtbaren Engagement der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» hat sich die GfbV entschieden, den Schwerpunkt ihrer Arbeit künftig weniger auf die Platzfrage und dafür stärker auf den Schutz vor Diskriminierung zu legen.

Diskriminierende Gesetze bekämpfen

Die Kantone Bern und Neuenburg haben Gesetze erlassen, welche die Rechte der fahrenden Jenischen, Sinti und Roma beschränken und darauf abzielen, sie fernzuhalten. So sollen bei so genannt «illegaler Landnahme» fahrende Minderheiten innert kürzester Zeit wegweisen werden können, ohne richterlichen Beschluss und ohne rechtliches Gehör. Das ist umso stossender, da diese Kantone es bisher versäumt haben, die völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Jenischen, Sinti und Roma umzusetzen. Darum hat die GfbV zusammen mit der jenischen Organisation «schäft qwant» gegen das Neuenburger Gesetz eine Beschwerde beim UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung

eingereicht. «Es darf nicht sein, dass repressive Gesetze zur Regulierung der fahrenden Lebensweise entstehen, ohne dass die Organisationen der Jenischen, Sinti und Roma direkt konsultiert und aktiv einbezogen werden», sagt Venanz Nobel, Vize-Präsident von «schäft qwant». Das Resultat der Beschwerde ist noch hängig.

Hingegen hob das Bundesgericht im Mai aufgrund einer anderen Beschwerde, welche die GfbV zusammen mit anderen Organisationen gegen das Berner Polizeigesetz eingereicht hatte, den betreffenden Artikel auf. Dies zeigt: Unser Engagement gegen diskriminierende Gesetze ist nötig, bleibt wichtig und ist erfolgreich. Neben der Platzfrage werden die Fragen rund um den Diskriminierungsschutz zunehmend an Dringlichkeit gewinnen.

Mehr Mut gegen Rassismus

«Es ist wichtig, dass wir Roma, Sinti und Jenische in Rassismus-Fragen zusammenstehen: Sich gegen Rassismus zu wehren, lohnt sich». Dies sagt der Aktivist Stefan Heinichen (siehe Interview auf Seite 8). Seit 2016 hat die GfbV sechs Strafanzeigen wegen Verstoß gegen die Rassismus-Strafnorm eingereicht oder unterstützt.

Diese richteten sich vor allem gegen Politiker, welche sich rassistisch gegenüber Jenischen, Sinti und Roma äusserten oder bewusst gegen sie hetzten. Dabei war die GfbV insbesondere letztes Jahr in drei Fällen erfolgreich. So wurden zwei Vertreter der Berner Jungen SVP aufgrund eines rassistischen Online-Posts vom Berner Obergericht verurteilt. Ein Arboner Stadtrat musste sich für diskriminierenden Äusserungen vor Gericht verantworten und in einem Wohnhaus in Kaiseraugst wurde ein Mieter aufgrund von rassistischen Aushängen gebüsst. Die Erfahrungen zeigen: Die gezielte Anwendung der Rassismus-Strafnorm ist ein bewährtes Instrument, um den Diskriminierungsschutz in der Schweiz weiterzuentwickeln und zu stärken.

Sensibilisierung in den Schulen

Um Rassismus und Diskriminierung gegenüber Jenischen, Sinti und Roma nachhaltig zu bekämpfen, sind insbesondere auch die Schulen gefordert. Noch immer fehlen die drei Minderheiten im obligatorischen Lehrplan – obwohl Wissensvermittlung zum Aktionsplan und den Forderungen des Europarates an die Schweiz gehört. Um hier mit einem Beispiel voranzugehen, ist die GfbV seit 2019 Teil einer unabhängigen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Lehrmittels für den Primarunterricht, welches einerseits Wissen über Jenische, Sinti und Roma vermittelt und andererseits mit praktischen Beispielen zur Rassismus-Prävention beiträgt.

Text: **Angela Mattli** GfbV-Kampagnenleiterin



Editorial

«Unsere Aufklärungsarbeit hat sich gelohnt»: Das sagt Stefan Heinichen, engagiert für die Rechte der Roma und langjähriger Partner der GfbV. Seit sechs Jahren setzen wir uns für die Anerkennung und den Respekt der Roma, Jenischen und Sinti in der Schweiz ein. Sowohl beim Einsatz für mehr Halteplätze als auch beim Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung konnten wir gemeinsam mit den drei Minderheiten wichtige Erfolge erzielen – dank beharrlicher Aufklärungsarbeit, politischem Druck und juristischen Schritten.

In dieser Voice-Ausgabe erzählen wir ab Seite 1 vom Erreichten, aber auch von Niederlagen und aktuellen Herausforderungen. Denn angesichts der Corona-Krise brauche es jetzt besondere Anstrengungen, damit die bisherigen Erfolge nicht zunichte gemacht werden, betont Stefan Heinichen im Interview auf Seite 8.

Die Corona-Krise stellt das Leben von Millionen Menschen auf der Welt auf den Kopf. Besonders gefährlich ist das neue Virus für die indigenen Gemeinschaften im brasilianischen Amazonas: Sie sind besonders anfällig für Infektionskrankheiten, und ihr Zugang zum Gesundheitssystem ist schlecht. Viele Gemeinschaften haben sich isoliert, um sich zu schützen – und sind darüber in akute Not geraten: Es fehlt an Einkommensmöglichkeiten, Nahrungsmitteln und Hygiene-Produkten. Darum haben wir unserer Partnerorganisation APIB (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil) mehrere Tausend Franken für Nothilfe zukommen lassen. Mehr darüber erfahren Sie im Artikel auf Seite 7.

Wir danken Ihnen, dass Sie uns trotz Corona dabei helfen, Minderheiten und indigene Gemeinschaften bei Kampf um ihre Rechte zu unterstützen und wünschen Ihnen gute Gesundheit!

A. Mattli

Angela Mattli, GfbV-Kampagnenleiterin

IMPRESSUM

VOICE 2, Juni 2020 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Redaktion: Corinne Bächtold und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Corinne Bächtold, Dominique Schärer **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 3600 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.-/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.-/Jahr **Titelbildfoto:** Eric Roset

Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz

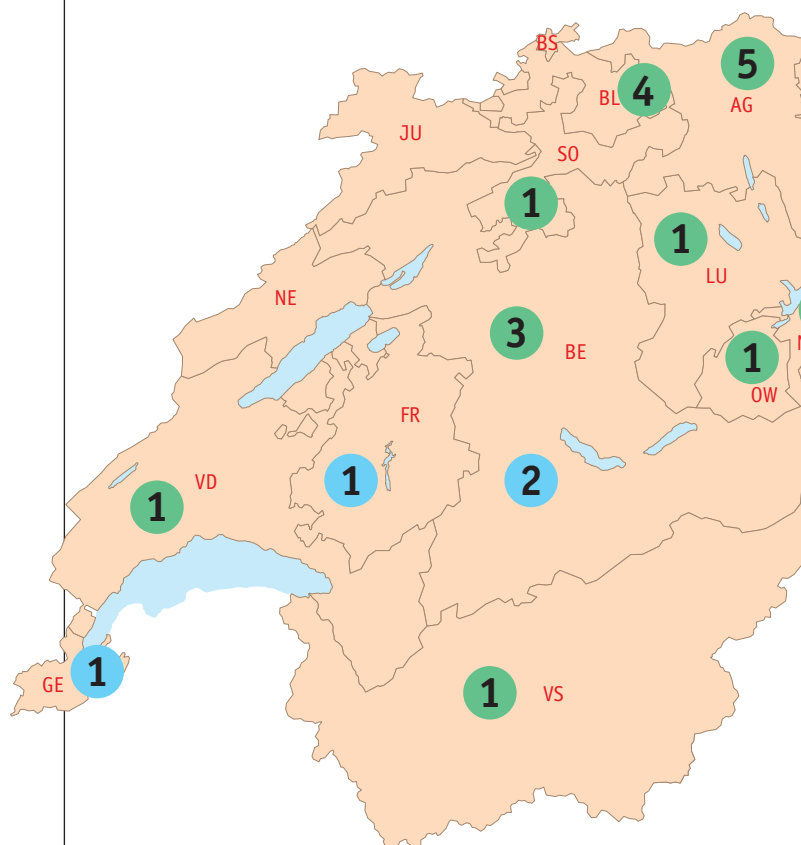
Roma, Sinti und Jenische sind seit Jahrhunderten Teil der kulturellen Vielfalt der Schweiz. Die Situation ist sich schwer im Umgang mit den drei Minderheiten, seien sie fahrend oder sesshaft. Ein Überblick über die Platzsituation für fahrende Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz.

2019 gab es in der Schweiz:
15 Standplätze
32 dauerhafte Durchgangsplätze und 3 provisorische Plätze
7 Transitplätze, davon nur zwei gesichert

Notwendige Plätze, um die Bedürfnisse aller Fahrenden zu decken:
41 Standplätze
80 Durchgangsplätze
10 Transitplätze

Platzsituation für fahrende Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz

Die Schweiz ist bei fahrenden Roma, Sinti und Jenische für die prekäre Situation bei...



Durchgangs- und Transitplätze

Durchgangsplätze: Auf diesen Plätzen halten sich die Fahrenden von Frühling bis Herbst für jeweils wenige Wochen auf, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Transitplätze: Transitplätze stehen ausländischen Fahrenden zur Verfügung und sind etwas grösser dimensioniert als Durchgangsplätze.

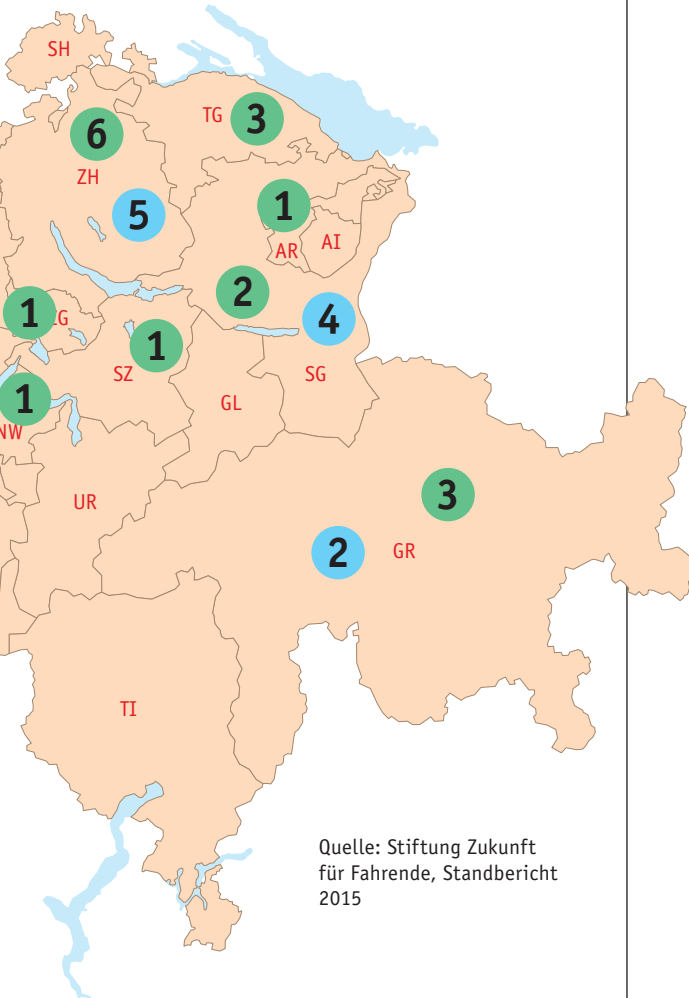
Einige dieser Plätze werden mehrfaches Winter als Standplatz und im Sommer...

Schweiz

Doch die Schweiz tut
erblick.

Roma, Sinti und Jenische

Sinti und Jenischen bekannt
den Halteplätzen.



Standplätze

Auf Standplätzen verbringen hauptsächlich schweizerische Fahrende den Winter, zum Beispiel im Wohnwagen, oder in einem Wohncontainer oder Chalet. Bei der Standortgemeinde sind die Fahrenden gemeldet, zahlen Steuern und die Kinder gehen meist zur Schule.

sch genutzt, beispielsweise im
immer als Durchgangsort.

Rechte für Roma, Sinti und Jenische: Erfolge und «Baustellen»

In diesen vier Bereichen setzt die GfbV sich ein für die Rechte von Roma, Sinti und Jenischen:

Anerkennung:

😊 Sinti und Jenische werden 2016 anerkannt als Teil der kulturellen Vielfalt der Schweiz!

☹️ Obwohl die Roma seit über 600 Jahren zur Schweiz gehören, sind sie bis heute nicht als Minderheit anerkannt. Dabei würde gemäss einer Umfrage des Bundes die Mehrheit der Kantone hinter einer Anerkennung stehen.

👁️ Durch die Anerkennung kann mit Vorurteilen und Stereotypen aufgeräumt werden.

Platz für fahrende Roma:

😊 Im Februar 2020 stimmt die Berner Stimbevölkerung für den Bau des Transitplatzes in Wileroltigen, Bern.

☹️ Auch mit dem neuen Transitplatz in Sicht gibt es immer noch zu wenig Platz für fahrende Gemeinschaften. Die Corona-Krise hat deren Situation zusätzlich erschwert.

👁️ Mehr Platz für fahrende Roma entlastet auch die Landbesitzer (z.B. Bauernfamilien oder Gemeinden), denn dadurch erfolgen weniger ungewollte Landnahmen und Konflikte.

Diskriminierung:

😊 Im April 2020 gibt das Bundesgericht der «Lex Fahrende» im Berner Polizeigesetz eine Abfuhr. Die Wegweisung von fahrenden Minderheiten verstösst gegen den Diskriminierungsschutz.

😊 Die beiden Co-Präsidenten der jungen SVP Bern werden im Dezember 2019 auch vom Berner Obergericht wegen Verstosses gegen die Rassismus-Strafnorm verurteilt aufgrund eines Facebook-Posts, der die Fahrenden pauschalisierend herabsetzte.

☹️ Noch immer gibt es viele Vorurteile und rassistische Vorfälle gegenüber Roma, Sinti und Jenischen.

Sichtbarkeit und Sensibilisierung:

😊 Die Geschichte der Roma, Sinti und Jenischen in der Schweiz muss endlich Platz finden im obligatorischen Schulunterricht. Die GfbV ist Teil einer Arbeitsgruppe, die gegenwärtig ein entsprechendes Lehrmittel verfasst. Gespräche mit einem Verlag sind im Gange.

Schokolade statt Gold: Perspektiven für junge Yanomami

FOTO: ISA



Ein Mädchen probiert die Schokolade, die mit Kakao aus dem Projekt hergestellt wurde.

Der Abbau von Gold im brasilianischen Amazonasgebiet hat schwerwiegende Folgen für Mensch und Umwelt. Trotzdem ist er für viele junge Indigene die einzige Möglichkeit für einen Verdienst. Indigene Leaderinnen und Leader haben dieses Problem erkannt und ein nachhaltiges Kakaoprojekt ins Leben gerufen, welches auch von der GfbV unterstützt wird.

«Die Goldwäscher kommen bewaffnet und mit viel Geld in die indigenen Territorien, so verführen sie junge Indigene zur Arbeit im illegalen Goldabbau», erklärt Moreno Martins gegenüber der brasilianischen Zeitung *O Globo*. Martins arbeitet für das Instituto Socioambiental (ISA), welches die insgesamt fünf indigenen Gemeinschaften bei der Durchführung des Kakaoprojekts unterstützt. Durch die Präsenz der Goldwäscher kommen junge Indigene vermehrt in Kontakt mit Gegenständen der «modernen Welt», die es in den Gemeinschaften bisher nicht gab. Zudem ist der Goldabbau oft die einzige Möglichkeit, ein Einkommen zu erwirtschaften. Um jungen Indigenen ein selbstbestimmtes Leben zwischen Moderne und Tradition zu ermöglichen, ersuchten die Leaderinnen und Leader Hilfe von NGOs zur Durchführung eines Kakaoprojektes.

Ziel des Projektes ist es, durch den Anbau und die Verarbeitung von Kakao einen wirtschaftlichen Anreiz in der Region zu schaffen, ohne dabei die Natur zu zerstören. «Unser Reichtum liegt in der Natur und nicht im Boden» meinte der indigene Leader Júlio Ye'kwana, eine der treibenden Kräfte hinter dem Projekt, gegenüber dem ISA. «Anstatt zu zerstören, pflanzen wir an, ohne dass wir unsere Erde verletzen.» Bis Ende 2018 haben die Gemeinschaften bereits 500 neue Bäume gepflanzt, 3000 sind bis Ende 2019 noch dazu gekommen. Bis sie Früchte tragen, werden jedoch noch einige Jahre vergehen. Langfristig rechnen die Verantwortlichen damit, dass 1'142 Personen aus den fünf Gemeinschaften vom Projekt profitieren können.

Selbstbestimmt dank Kakao

In verschiedenen Workshops haben die indigenen Gemeinschaften gelernt, wie Kakao angepflanzt, gepflegt, geerntet und verarbeitet wird. Für die Schulungen konnte das ISA einen renommierten Experten für Kakao gewinnen, der sich auskennt mit den Kakaopflanzen, die im Amazonasgebiet heimisch sind. Nach Abschluss der Workshops sollen die Indigenen nach und nach mehr Verantwortung übernehmen, bis der gesamte Produktionsprozess in ihrer Hand ist.

Die indigenen Leaderinnen und Leader sind sehr zufrieden mit dem bisherigen Verlauf des Projektes. Es bringt die Gemeinschaften näher zusammen, schafft Perspektiven, Wünsche und Ansprüche an die Zukunft, schreibt Martins in einem Bericht über die Workshops. Die Indigenen besprechen Veranstaltungen, sie haben Ideen für Verbesserungen und planen Reisen ausserhalb der indigenen Territorien, um Anschaffungen zu machen.

So viele Goldwäscher wie seit 40 Jahren nicht mehr

Alle am Projekt beteiligten Gemeinschaften leben in der *Terra Indígena Yanomami*, dem grössten indigenen Territorium in Brasilien. Von den rund 26 000 dort lebenden Menschen gehört die Mehrheit der Gemeinschaft der Yanomami an, deren bekanntester Vertreter der indigene Leader und Schamane Davi Kopenawa Yanomami ist.

«In meiner Gemeinschaft sind bereits alle erkrankt», sagte Davi Kopenawa bei seinem Besuch im vergangenen Februar am Menschenrechtsrat in Genf. Als Schamane behandelt er die Kranken der Gemeinschaft. Doch die traditionellen Heilmittel stossen an ihre Grenzen bei Krankheiten, die von den Goldwäschern eingeschleppt werden. «Die Krankheiten des Regenwaldes sind andere als jene der Stadt», betonte Kopenawa. Solche müssten in einem Krankenhaus behandelt werden, doch dazu haben die wenigsten Indigenen der Region Zugang. Auch Krebs kommt immer häufiger vor bei den Indigenen, denn die Böden und Gewässer werden zunehmend vergiftet. Schuld daran ist das Quecksilber, das die Goldwäscher benutzen, um das Gold zu gewinnen.

Schutz der indigenen Territorien

Dabei ist die *Terra Indígena Yanomami* eigentlich ein geschütztes Territorium – sämtlicher Bergbau im Gebiet ist verboten. Doch seit der neue Präsident Jair Bolsonaro sein Amt angetreten hat, hat sich das politische Klima verschlechtert: Für die Indigenen und für die Umwelt. Über 20'000 Goldwäscher dringen gemäss Schätzungen des ISA in die Gebiete der Indigenen ein. Das sind so viele wie seit den 1980er Jahren nicht mehr, als das Ge-

biet noch nicht unter Schutz stand. Die Goldwäscher fühlen sich offenbar ermutigt durch Bolsonaro, der systematisch gegen Umwelt- und Indigenenorganisationen vorgeht. Seinen Wunsch, die indigenen Gebiete für die wirtschaftliche Ausbeutung freizugeben, hat er nie versteckt. Auch wenn ein Gesetzesentwurf zur Öffnung indigener Territorien vorerst auf Eis gelegt ist, so hat er eine Debatte in der brasilianischen Öffentlichkeit losgetreten und wird sicher bald neue Anläufe unternehmen.



Davi Yanomami bereist die Welt, um über die Situation der Yanomami zu sprechen. Die aktuellen Ereignisse in Brasilien bedrücken ihn sehr.

Text: **Corinne Bächtold** GfbV-Praktikantin Kommunikation



Schutz vor illegalem Goldabbau, Unterstützung beim Einsatz für die indigenen Rechte und Selbstbestimmung sowie Bewahrung des Amazonas als Lebensraum: Dafür setzt sich die GfbV mit ihrer Kampagne «Hände weg vom Amazonas!» ein. In diesem Sinn bietet das Kakao-Projekt schon jetzt fünf Gemeinschaften eine Perspektive und die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens.

Zur Kampagne: www.gfbv.ch/amazonas

Amazonas: Nothilfe gegen Corona-Virus

Wegen der Corona-Krise sind viele Indigene in Brasilien in einer absoluten Notlage. Die Gemeinschaften haben sich teilweise komplett isoliert, um sich vor dem Virus zu schützen – und sind dadurch in akute materielle Not geraten.

Obwohl viele Indigene im brasilianischen Amazonas sehr abgeschottet leben, sind sie nicht sicher vor dem Coronavirus. Illegale Eindringlinge wie Goldwäscher haben das Virus möglicherweise schon früh in indigene Gebiete gebracht. Unter den ersten indigenen Todesopfern war ein 15-jähriger Yanomami. Gerade die Gemeinschaft der Yanomami hat sehr schlechte Erfahrungen mit eingeschleppten Krankheiten. Während bei der frühen Kolonialisierung Amerikas um die 90 Prozent aller Indigenen an eingeschleppten Krankheiten verstarb, traten die Yanomami erst relativ spät in Kontakt mit Nicht-Indigenen. Diese Treffen endeten oft in Tragödien: Masernepidemien beispielsweise löschten ganze Dörfer aus.

Geschichte darf sich nicht wiederholen

Die Indigenen befürchten, dass die Geschichte sich wiederholt. Cacique Raoni, der wohl berühmteste Vertreter der Indigenen aus Brasilien, richtete sich mit einem Appell an die Weltgemeinschaft: «Ohne eure Hilfe können die Indigenen dieser Krankheit nicht entgentreten.»

Hat das Virus einmal in den Gemeinschaften Fuss gefasst, wird es schwierig, es einzudämmen. Social Distancing ist für viele Gemeinschaften schwierig einzuhalten und der Zugang zu medizinischer Grundversorgung meist eingeschränkt. Viele indigene Gemeinschaften haben sich zum Schutz vor dem Virus komplett isoliert und sind darüber in akute Not geraten: Es fehlt an Einkommensmöglichkeiten, Nahrungsmitteln und Hygiene-Produkten.

Die GfbV unterstützt daher die Nothilfe der Partnerorganisation APIB (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil) mit einem finanziellen Beitrag.

Text: **Corinne Bächtold** GfbV-Praktikantin Kommunikation

Schweiz: Interview mit Stefan Heinichen

«Unsere Vermittlungs- und Aufklärungsarbeit hat sich gelohnt»



FOTO: FLURIN BERTSCHINGER FOTAGENTUR EX-PRESS AG

Auch als Maler beschäftigt Stefan Heinichen sich mit Themen, die ihm am Herzen liegen.

Seit Jahren setzt sich Stefan Heinichen gemeinsam mit der GfbV für die Rechte der Roma ein. Im Interview sagt er, welche Erfolge dieses Engagement gebracht hat. Jetzt aber brauche es besondere Anstrengungen, damit die Corona-Krise das Erreichte nicht zunichte macht.

Stefan Heinichen, wie beurteilen Sie die aktuelle Situation der Roma in der Schweiz?

Wegen der Corona-Krise ist ihre Situation schwierig, aus unterschiedlichen Gründen. Fahrende Roma haben angesichts der engen Verhältnisse auf den Halteplätzen Mühe, sich an die Vorgaben des Bundes zu halten. Dies wiederum schürt neuen Rassismus. Viele fahrende wie auch sesshafte Roma, die selbständig erwerbend sind, stehen wegen Corona vor Existenzproblemen. Und zahlreiche Arbeitsmigranten, zum Beispiel aus Bulgarien oder Rumänien, wurden vom Lockdown überrascht und sind in der Schweiz gestrandet: Sie haben keine Arbeit, können aber auch nicht in die Heimat zurück.

Es gibt aber auch Erfolge zu verzeichnen, gerade für Fahrende. So hat im Kanton Bern die Bevölkerung den Transitplatz in Wileroltigen angenommen. Ist das ein Meilenstein?

Ja, absolut. Früher wurden solche Vorlagen immer abgelehnt. Nun kommt der Platz zustande – dank wichtiger Aufklärungsarbeit von vielen Seiten. Roma, Sinti und Jenische haben erkannt: Hier müssen wir gemeinsam auftreten, uns zusammen einsetzen. Ich hoffe sehr, dass das Abstimmungsresultat eine Signalwirkung für andere Kantone haben wird.

Sie haben sich auch mit zwei Klagen zu Rassismus gegen Roma engagiert: In den Kantonen Bern und St. Gallen haben Gerichtsinstanzen entschieden, dass umstrittene Aussagen und Darstellungen gegen die Rassismus-Strafnorm verstossen. Ist das ein positives Zeichen?

Unbedingt. Auch zeigt der Erfolg zumindest teilweise: Unsere Vermittlungs- und Aufklärungsarbeit hat sich gelohnt. Und es ist wichtig, dass wir Roma, Sinti und Jenische in Rassismus-Fragen zusammenstehen: Sich gegen Rassismus zu wehren, lohnt sich.

Im März zeigte eine Studie des Bundes, dass die Akzeptanz von Roma, Sinti und Jenischen in der Schweizer Bevölkerung steige. Teilen Sie diese Einschätzung?

Ja, das Verständnis in der Bevölkerung ist grösser geworden, der Rassismus dank Aufklärung gegen Stereotypen zurückgegangen. Auch die GfbV hat hier mit ihrer Sachkenntnis und Vernetzungsarbeit einen wichtigen Beitrag geleistet. Doch diese positive Entwicklung droht jetzt Corona zum Opfer zu fallen. Grosse Sorge macht mir zum Beispiel die Situation in Mittel- und Osteuropa, wo Roma erneut Opfer von rassistischer Hetze und zu Sündenböcken werden.

Wo ist in der Schweiz der Handlungsbedarf am grössten, wenn es um die Rechte von Roma, Sinti und Jenischen geht?

Wir müssen jetzt die guten Ansätze weiterverfolgen und trotz Corona dran bleiben! Es braucht weiterhin Aufklärung, enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen sowie Engagement gegen Rassismus und Stereotypen. Schliesslich müssen die Roma, Sinti und Jenischen als Teil der Schweiz Eingang in den Schulbüchern finden.

Das Interview wurde Ende April per Telefon geführt.

Interview: **Dominique Schärer**, GfbV-Verantwortliche Kommunikation



STEFAN HEINICHEN

Stefan Heinichen engagiert sich seit Jahren für die Rechte der Roma, zum Beispiel in der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus.

In der Schweiz ist er als Jugendarbeiter, Dolmetscher für Flüchtlinge und Mediator für Fahrende tätig. In Bulgarien und anderen Ländern hat er lokale Roma-Gemeinschaften unterstützt. Stefan Heinichen arbeitet seit Jahren mit der Gesellschaft für bedrohte Völker zusammen.